

**Protokoll Nr. 6/2023**  
**über die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schulen und Sport**  
Donnerstag, 24. August 2023 von 16:32 Uhr bis 18:40 Uhr  
Viktoria-Luise-Gymnasium (Außenstelle), 31785 Hameln  
**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**Anwesend waren:**

**Ausschussvorsitz**

Anett Dreisvogt

**Ausschussmitglied**

Birgit Albrecht

Murat Bas ab TOP 3

Ines Buddensiek

Herbert Habenicht bis TOP 6

Birgit Hart

Steffen Knippertz ab TOP 2

Hagen Langosch

Fabian Zörkendörfer

**Es fehlte entschuldigt**

Patrick Bertuleit (Pädagogische Vertretung)

Moritz Bökenkamp (Elternvertretung KiTa)

Uwe Burhenne

Hermann Campe

Thomas Haeckel (Stadtjugendring)

Martina Harms (StR'in)

Christiane Heins (Vertretung der KiTa)

Ulf Hillebrecht (Landessschulbehörde)

Marcel Hoff (Schülervertreter)

Dr. Matthias Loeding

Jürgen Mackenthun

Kurt Meyer-Bergmann

Volker Schöpe (Elternvertretung Schulen)

Julia Sinnig (Lehrervertretung)

**Vertretung für Ausschussmitglied**

Wilfried Binder für Kurt Meyer-Bergmann

Karin Echtermann für Dr. Matthias Loeding bis TOP 3

Dr. Markus Hedemann für Jürgen Mackenthun

Gerhard Paschwitz für Uwe Burhenne

Klaus Pfisterer für Hermann Campe

**Beratendes Mitglied**

Maria Bergmann (Vertretung des Sports)

Margret Lassel (Seniorenrat)

**Vertretung der Verwaltung**

Dirk Kuhfuß (FBL 6)

**Protokollführung**

Anja Naumann

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

Vorlage	TOP	Öffentliche Tagesordnungspunkte
121/2023	1.	Genehmigung des öff. Protokolls Nr. 05/2023 vom 06.07.2023
120/2023	2.	Bildung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen
130/2023	3.	Antrag des Kreissportbundes zur Mitfinanzierung der Personalstelle eines Jugendreferenten
104/2023	3.1.	Änderungsantrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen v. 22.08.2023; Beschlussvorschlag zum Antrag Kreissportbund zur Mitfinanzierung Jugendreferent/-in
	4.	Prüfantrag der Gruppe SPD/ Bündnis '90/ Die Grünen vom 06.06.2023: Prüfantrag auf die Verwirklichung eines Jugendparlaments in Hameln
	5.	Umsetzung des Aufgabenportfolios des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schule und Sport entsprechend dem Haushalt 2022/23
	6.	Mitteilungen der Verwaltung
	7.	Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

#### **TOP 1. Genehmigung des öff. Protokolls Nr. 05/2023 vom 06.07.2023**

##### **Aus der Aussprache:**

Herr Zörkendörfer merkt an, dass im Protokoll Nr. 5/2023 vom 07.06.2023 seine Frage, ob Frau Elisabeth Belling jemals der NSDAP angehört habe, nicht dokumentiert worden sei. Ebenso fehle die Antwort der Verwaltung hierauf, dass aus allen der Stadt Hameln zur Verfügung stehenden Quellen kein Hinweis auf eine Mitgliedschaft von Frau Belling in der NSDAP ersichtlich sei. Dies sei aber ausschlaggebend für sein Abstimmverhalten gewesen. Insoweit bitte er dies im Protokoll der heutigen Sitzung aufzunehmen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

**Ja: 8    Nein: 0    Enthaltung: 3**

#### **TOP 2. Bildung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen**

121/2023

##### **Beschlusstext:**

Der Rat der Stadt Hameln beschließt:

1. Die anliegende Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen der Stadt Hameln wird in Kraft gesetzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wahl gemäß § 4 der Satzung zu initiieren.
3. Zur Finanzierung der Aufgaben nach § 2 der Satzung und für Geschäftsausgaben ist mit dem Haushalt 2024 dem Beirat für Menschen mit Behinderungen ein Budget in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen.

**Aus der Aussprache:**

Herr Kuhfuß erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Es schließt sich eine Diskussion an, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligen. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass im Wege der Gleichbehandlung ein Inklusionsbeirat gegründet werden sollte, um alle Bürgerinnen und Bürger miteinzubeziehen. Zudem sei die Satzung in einigen Punkten detaillierter darzustellen (z. Bsp. bei der Anzahl der Mitglieder, dem Sitzungsgeld und dem zu wählenden Personenkreis), hier würde sich die CDU-Fraktion gern einbringen.

Die Mehrheitsgruppe zeigt sich mit dem Satzungsentwurf zufrieden, weist jedoch darauf hin, dass der Grad der Behinderung nicht mehr in Prozent angegeben werde. Zudem betont die Mehrheitsgruppe, dass eine Einbeziehung weiterer benachteiligter Personenkreise zwar lobenswert sei, jedoch gesondert behandelt werden sollte.

Herr Habenicht spricht sich ebenfalls für einen Beirat ausschließlich für Menschen mit Behinderungen aus. Er regt an, die Satzung nach einer bestimmten Frist (z. Bsp. 3 Jahren) zu evaluieren, um ggf. Anpassungen vorzunehmen.

Herr Kuhfuß weist darauf hin, dass mit Vorlage des heutigen Entwurfs der eindeutige Auftrag des Rates umgesetzt worden sei, eine Satzung für einen Beirat für Menschen mit Behinderungen zu erstellen.

Herr Paschwitz fragt nach, ob der vorgelegte Entwurf auf einer Mustersatzung o.ä. basiere. Herr Kuhfuß antwortet hierzu, dass die Satzung im Wesentlichen auf die der Stadt Oldenburg fuße.

Frau Albrecht stellt den Antrag, die Präambel wie folgt zu ändern:

*„Die Stadt Hameln setzt sich zum Ziel, die aktive Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner am gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben zu stärken und zu fördern.“*

Diesem Antrag wurde mit 4 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen nicht entsprochen.

Herr Habenicht stellt den Antrag den Beschlussvorschlag unter Punkt 4. wie folgt zu ergänzen:

*„4. Die Satzung ist spätestens 6 Monate vor Ablauf der Wahlperiode des Rates zu evaluieren.“*

Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen.

Sodann wird über die Vorlage Nr. 121/2023 mit dem geänderten Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis:**

**Ja: 12    Nein: 0    Enthaltung: 0**

**TOP 3.           Antrag des Kreissportbundes zur Mitfinanzierung der Personalstelle eines Jugendreferenten**  
120/2023

**Beschlusstext:**

Dem Förderantrag zur Mitfinanzierung der Personalstelle eines Jugendreferenten beim Kreissportbund Hameln-Pyrmont auf Grundlage der Richtlinie der Stadt Hameln zur Förderung von freiwilligen sozialen Leistungen und der Jugendarbeit wird nicht entsprochen.

**Aus der Aussprache:**

Die Vorlage Nr. 120/2023 wird gemeinsam mit der Vorlage 130/2023 abgehandelt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Ja: 13   Nein: 0   Enthaltung: 0**

**TOP 3.1.       Änderungsantrag der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen v. 22.08.2023; Beschlussvorschlag zum Antrag des Kreissportbundes zur Mitfinanzierung der Personalstelle eines\*einer Jugendreferent\*in**  
130/2023

**Beschlusstext:**

Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Änderungsantrag zur Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss FKSS, im Verwaltungsausschuss und im Rat:

Der 2021 erstmalig bei der Verwaltung der Stadt Hameln eingereichte und 2023 modifizierte Antrag des Kreissportbundes auf anteilige Festbetragsförderung einer Jugendreferent\*innen-Stelle zur Förderung der Kinder – und Jugendarbeit in den Bereichen Bewegung/Sport und Gesundheit wird genehmigt.

Die Mittel sind dem Kreissportbund in folgender Weise zur Verfügung zu stellen. Für das laufende Haushaltsjahr 2023 werden die beantragten Mittel aus noch vorhandenen Haushaltsmitteln des Fachhaushaltes „Schulen und Sport“ zur Verfügung gestellt. Für die Folgejahre, bis zum Ende des Haushaltjahres 2026 oder bis zur Verabschiedung des Sportentwicklungsplans, wenn dieser eher aufgestellt wird, werden die Mittel in den Fachhaushalt eingestellt.

Eine weitere Finanzierung ist im Sportentwicklungsplan zu verankern und neu zu beraten.

**Aus der Aussprache:**

Herr Knippertz erläutert den Änderungsantrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.08.2023. Er betont, dass Sport immer auch Jugendarbeit sei, da die Kinder und Jugendlichen in der Zeit, in der sie Sport treiben, keinen Blödsinn machen würden.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligen, sind sich alle Ausschussmitglieder einig, dass die Arbeit des Kreissportbundes hoch zu schätzen sei und der Sport unterstützt werden müsse.

Frau Bergmann bestätigt die Aussagen von Herrn Knippertz und merkt an, dass der Kreissportbund bereits viel Geld in die Stadt Hameln gebracht habe und die örtlichen Vereine erheblich in deren Arbeit unterstütze.

Frau Albrecht erklärt für die CDU-Fraktion, dass diesem nicht zu widersprechen sei, gibt aber zu bedenken, dass es sich hier um eine weitere freiwillige Leistung handele. Eine Entscheidung für 2023 in Höhe von 4.000,00 €, über die der Fachausschuss sofort entscheiden dürfe, käme in Betracht. Über die Jahre 2024 – 2026 müsse im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden werden.

Herr Habenicht hebt die Leistungen des Kreissportbundes hervor, und würde der Freigabe der kurzfristigen Gelder des Fachausschusses (4.000,00 €) ebenfalls zustimmen.

Herr Kuhfuß stimmt Frau Bergmann zu, dass der Begriff „Methode Sport“ unglücklich gewählt sei. Die vom Rat beschlossene Richtlinie der Stadt Hameln zur Förderung von freiwilligen sozialen Leistungen und der Jugendarbeit lasse bedauerlicherweise jedoch eine Förderung nach eben dieser Richtlinie formell nicht zu. Auch der von Frau Albrecht vorgeschlagene Zuschuss aus den beim Ausschuss angedockten Mitteln unterliege den Regelungen der in Rede stehenden Richtlinie, so dass dies ebenfalls ausgeschlossen sei. Darauf ziele der Änderungsantrag der Mehrheitsgruppe seiner Meinung nach aber auch nicht ab. Dem Wortlaut nach solle dieses aus dem Teilhaushalt der Abteilung Schulen und Sport gestemmt werden.

Frau Bergmann weist noch einmal darauf hin, dass es für den Kreissportbund um Planungssicherheit gehe. Zudem bringe der Kreissportbund erhebliche Eigenmittel zur Finanzierung der Stelle einer Jugendreferentin bzw. eines Jugendreferenten ein.

Herr Binder stellt den Antrag zur Geschäftsordnung die Sitzung kurz zur fraktionsinternen Beratung zu unterbrechen. Die Sitzung wird 17:28 Uhr unterbrochen und 17:32 Uhr fortgeführt.

Frau Albrecht bittet die Vorlage in den nächsten FinA aufzunehmen.

Die CDU-Fraktion beantragt die Abstimmung einzelner Punkte des Beschlusstextes, der wie folgt geändert wird:

*Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Änderungsantrag zur Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss FKSS, im Verwaltungsausschuss und im Rat:*

*Der 2021 erstmalig bei der Verwaltung der Stadt Hameln eingereichte und 2023 modifizierte Antrag des Kreissportbundes auf anteilige Festbetragsförderung einer Jugendreferent\*innen-Stelle zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in den Bereichen Bewegung/Sport und Gesundheit wird genehmigt.*

*Die Mittel sind dem Kreissportbund in folgender Weise zur Verfügung zu stellen:*

- 1. Für das laufende Haushaltsjahr 2023 werden die beantragten Mittel aus noch vorhandenen Haushaltsmitteln des Fachhaushaltes „Schulen und Sport“ zur Verfügung gestellt.*

2. Für die Folgejahre, bis zum Ende des Haushaltjahres 2026 oder bis zur Verabschiedung des Sportentwicklungsplans, wenn dieser eher aufgestellt wird, werden die Mittel in den Fachhaushalt eingestellt.
3. Die Unterstützung wird außerhalb der Richtlinie gewährt.

Eine weitere Finanzierung ist im Sportentwicklungsplan zu verankern und neu zu beraten.

Sodann wird abgestimmt über:

1. Für das laufende Haushaltsjahr 2023 werden die beantragten Mittel aus noch vorhandenen Haushaltsmitteln des Fachhaushaltes „Schulen und Sport“ zur Verfügung gestellt.

Ja	Nein	Enthaltung
12	0	0

2. Für die Folgejahre, bis zum Ende des Haushaltjahres 2026 oder bis zur Verabschiedung des Sportentwicklungsplans, wenn dieser eher aufgestellt wird, werden die Mittel in den Fachhaushalt eingestellt.

Ja	Nein	Enthaltung
7	1	4

3. Die Unterstützung wird außerhalb der Richtlinie gewährt.

Ja	Nein	Enthaltung
12	0	0

**TOP 4.**  
104/2023

**Prüfantrag der Gruppe SPD/ Bündnis '90/ Die Grünen vom 06.06.2023: Prüfantrag auf die Verwirklichung eines Jugendparlaments in Hameln**

**Beschlusstext:**

Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Prüfantrag zur Beratung und Beschlussfassung im Fachausschuss, VA und Rat:

**Die Verwaltung wird beauftragt nach geeigneten Möglichkeiten zu suchen, in Hameln ein Jugendparlament für die Schüler\*innen der Sekundarstufen I und II zu gründen, und die Ergebnisse dem Rat im ersten Quartal 2024 vorzulegen.**

**Aus der Aussprache:**

Herr Zörkendörfer erläutert den Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen und begründet diesen mit steigendem politischen Interesse der Jugendlichen.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Vertreter aller Fraktionen beteiligen, werden Begrifflichkeiten, Rechte und Pflichten, die Länge einer Wahlperiode, Altersbegrenzungen, Kostenansatz usw. erörtert.

Herr Kuhfuß bittet um Klarstellung des Antrages, ob die Verwaltung beauftragt werden solle, die notwendigen Schritte zur Gründung eines Jugendparlaments einzuleiten, oder ob es Auftrag sein solle, mögliche Beteiligungsformate zu prüfen, von denen ein Jugendparlament eine Möglichkeit sei. Er weist bereits jetzt darauf hin, dass die Vorlage der Prüfergebnisse aufgrund fehlender personeller Ressourcen im 1. Quartal 2024 nicht haltbar sei.

Herr Zörkendörfer konkretisiert, dass noch kein Jugendparlament errichtet werden solle, sondern zunächst Formate entwickelt werden mögen, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden können. Er schlägt vor, dass die Stadt in die Schulen geht und die Funktion eines Jugendparlamentes erläutert, um anschließend zu evaluieren, wie viele Schülerinnen und Schüler sich daran beteiligen würden.

Frau Albrecht weist darauf hin, dass in einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder die Gründung eines Jugendparlamentes thematisiert werde. Ihrer Meinung nach sei eine Bindung der Jugendlichen auf 5 Jahre (Wahlperiode) unrealistisch. Sie erinnert daran, dass sich die Politik im September letzten Jahres darauf verständigt habe, selbst in die Schulen zu gehen, um für eine stärkere Beteiligung der Kinder und Jugendlichen zu werben.

Sie bittet zudem die Verwaltung um Auskunft, wer nach Ausscheiden des bisherigen Schülervertreters im Ausschuss dessen Nachfolgerin bzw. Nachfolger sei.

Frau Bergmann ist der Auffassung, dass die Schulleitungen und die Politiklehrer angesprochen werden sollten, ob diese ein solches Format unterstützen und sie ggf. in den Fachausschuss einladen.

Die Mehrheitsgruppe formuliert ihren Antrag im Anschluss an die Diskussion wie folgt neu:

*„Die Verwaltung wird beauftragt nach geeigneten Möglichkeiten zu suchen, um Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, z. Bsp. durch ein Kinder- und Jugendparlament. Die Ergebnisse sind dem Rat in 2024 vorzulegen.“*

Der geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Ja: 12    Nein: 0    Enthaltung: 0**

**TOP 5.      Umsetzung des Aufgabenportfolios des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schule und Sport entsprechend dem Haushalt 2022/23**

**Aus der Aussprache:**

Herr Kuhfuß teilt mit, dass es aufgrund der Urlaubs- und Ferienzeit keine Veränderungen zu den Sachständen vom 07.06.2023 gäbe.

## **TOP 6. Mitteilungen der Verwaltung**

### **Aus der Aussprache:**

Herr Kuhfuß berichtet über den Aktionstag für den Quereinstieg in päd. Berufe am 22.06.2023, der eine gute Resonanz erfahren habe. Mit wenig Aufwand wurden viele Interessierte erreicht, die Nachfrage war insbesondere bei Quereinsteigern hoch.

Herr Kuhfuß gibt bekannt, dass auch in 2023 seitens der Aquasport GmbH 80 Schwimmkurse durchgeführt wurden. Hierfür werden wieder Fördermittel des Landes akquiriert.

Herr Kuhfuß verweist auf den Aufruf des Landes Niedersachsen vom 25.04.2023, wonach noch im Förderprogramm DigitalPakt Schule befindliche Gelder in Höhe von 127 Mio. Euro im Windhundverfahren verteilt werden sollten. Letztlich blieben Restmittel in Höhe von ca. 6 Mio. Euro übrig. Ein Mitarbeiter der Stadt habe pünktlich um 00:00 Uhr am 01.07.2023 die bereits vorbereiteten 30 Anträge eingereicht, von denen jedoch keiner im Windhundverfahren berücksichtigt wurde. Die Anträge landeten auf den Plätzen 346 bis 2.150.

Der Ausschuss lobt ausdrücklich diesen besonderen Einsatz des Mitarbeiters.

## **TOP 7. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

### **Aus der Aussprache:**

Frau Bergmann bittet um Mitteilung, wann mit einer Nachbesetzung der Stelle „Burose“ gerechnet werden kann. Herr Kuhfuß erwidert, dass sich im Stellenpool keine Interessenten gefunden hätten und nunmehr die Stelle ausgeschrieben worden sei. Die Vorstellungsgespräche sollen im September durchgeführt werden.

Sowohl Herr Langosch als auch Herr Knippertz danken Herrn Kuhfuß und der gesamten Verwaltung für die zügige und sehr gelungene Umsetzung der Maßnahmen in der IGS West, und bekunden ihr Lob hinsichtlich der veränderten Räumlichkeiten. Herr Knippertz wurde während der Feierlichkeiten zur Einschulung der neuen fünften Klassen angesprochen, warum der Oberbürgermeister nicht anwesend sei und möchte die Frage hier an den Fachausschuss weiterleiten. Herr Kuhfuß antwortet hierzu, dass sich die Einladung nicht explizit an den Oberbürgermeister, sondern an die Verwaltung gerichtet habe. In der internen Terminabsprache sei dann aufgrund verschiedener Terminüberschneidungen vereinbart worden, dass er als zuständiger Fachbereichsleiter an der Einschulungsfeier teilnehmen werde.

Frau Albrecht weist darauf hin, dass die Schulsportanlagen nicht in der Art und Weise für den Schulsport vorbereitet worden seien, wie das in den letzten Jahren regelmäßig der Fall war und auch notwendig sei. Sie bittet insofern um eine Erklärung. Herr Kuhfuß bestätigt, dass die Sportplätze nicht so gepflegt werden konnten, wie dies bislang möglich war. Ursächlich hierfür seien u.a. 20 unbesetzte Stellen auf dem Baubetriebshof, welches durch die dortige hohe Krankheitsquote noch zusätzlich negativ beeinflusst

werde. Das Thema werde intern gerade intensiv diskutiert, wie man dies lösen könne, etwa z.B. durch Vergabe von Leistungen an Fremdfirmen.

Frau Dreisvogt berichtet, dass der Landkreis Hameln-Pyrmont am 20.12.2022 beschlossen habe, dass jedes Kind eine Schulfahrkarte bekommen soll. Dies wurde von der Kreisverwaltung nicht vollumfänglich umgesetzt, so dass sie darauf hinweist, dass Schulleitungen und/oder Eltern auch online Anträge auf Erteilung einer Schulfahrkarte stellen können. Jedem Schulkind stünde eine Fahrkarte zu.

gez.

---

Dirk Kuhfuß  
Fachbereichsleiter

gez.

---

Anett Dreisvogt  
Stellv. Ausschussvorsitzende

gez.

---

Anja Naumann  
Protokollführung